

Verlag: „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H.,
Wreslauer 1, Kottbuserstr. 49/50.

Schlesische

Druckerei: Ring 88/7. — Telegr.-Adresse: „Arbeiter-Zeitung“
Wreslauer 1, Kottbuserstr. 49/50.

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 10 Pf. — Durch Abnehmer oder durch die Post: monatlich 3,05 RM.,
vierteljährlich 12,15 RM. frei ins Haus.

Postfachkonto. Nr. 22885
„Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Wreslauer.

Anzeigenpreise: Die 8spaltigen Kolonnenzeilen oder deren Raum 1,25 RM.
Stellen- und Wohnungsgelände, Familiennachrichten, Besuchs- und Veranlassungsanzeigen 0,80 RM.
Reklame: Die Reklamenzeile dreispaltig oder deren Raum. Hinter Text 2,- RM.

Streik der Unternehmer.

Sturmzeichen.

Der Angriff des Kapitals. — Streik der Unternehmer.

Das Großkapital fühlt sich heute sicherer und mächtiger als je. Ermöglicht durch die mit Regierungshilfe glücklich überstandene Krisisprobe im Metallarbeiterstreik, bereitet man jetzt eine großzügige planvolle Aktion vor, um unter Ausnutzung des herrschenden Waren- und Rohstoffmangels, des Watalaerends, der wirtschaftlichen Not des Proletariats, der Hilflosigkeit der Regierung und des Streikbrecherorganisations des Proletariats ganz gefügig zu machen.

So begab sich unlängst das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie, bestehend aus dem Vorsitzenden Dr. Sorge, dem stellvertretenden Vorsitzenden Fromm, Dr. Siemens, Dr. Bosh, Dr. Graf Borsig, Dr. Hilger, Direktor Krcmer, Moras-Jobben und Dr. Fischer zum Reichspräsidenten Ebert und wurde von ihm im Beisein des Reichskanzlers Bauer, des Reichsjustizministers Schäfer und des Reichsfinanzministers Mayer empfangen. In ihrem Namen hielt Herr Dr. Sorge eine bewegliche Rede über die Notwendigkeit der Steigerung der industriellen Produktion, um dann damit herauszutreten, daß dazu den Unternehmern Selbständigkeit in der Führung der Betriebe, Ueberblick über den Erfolg der Unternehmungen und Verfügung über die notwendigen Betriebsmittel gelassen werden müßte. Diese Voraussetzungen würden angeblich durch die gegenwärtige Steuerpolitik und Gesetzgebung ernstlich in Frage gestellt. Und darum warne die Industrie... Die Antwort des Reichspräsidenten bestand — wie üblich — in einem „einerseits — andererseits“, das Ergebnis der stundenlangen Besprechungen war jedoch, daß das Organ der Schwerindustrie, die „Post“, sich sehr befriedigt über die Aussprache äußerte.

Wie ernst es jedoch die Herren in Wirklichkeit mit der Führung der Produktion meinen, geht aus einem Rundschreiben hervor, das sie um Weihnachten aus Anlaß des Betriebsrätegesetzes vertraulich verschickten. Darin heißt es:

Damit ist die Frage aufgeworfen, ob die Industrie sich mit den gleichen Mitteln, mit denen sie von ihren politischen Gegnern angegriffen wird, verteidigen und selbst vor einer Stilllegung ihrer Betriebe nicht zurückweichen soll, wenn auf andere Weise den Wirtschaftsorganismus störende Uebergriffe nicht abgewendet werden können. Zur Klärung dieser Frage bitten wir um Stellungnahme zu folgenden Punkten:

1. Wie denken die Firmeninhaber Ihres Bezirkes über die Anwendung der Stilllegung als äußerstes Verteidigungsmittel?
2. Sollen Sie eine einheitliche Stilllegung für durchführbar?
3. Wie kann die Einmütigkeit der Industrie gegen Außenleiter erzwungen werden?

Wir bitten Sie, die Nähe eines Briefes oder einer persönlichen Rücksprache mit bekannten Abgeordneten im allgemeinen Interesse nicht zu scheuen und der Firma A. Borsig, Min.-Zeugl., z. Bb. von Herrn Dr. Peteri, von dem Ergebnis Ihrer Schritte Mitteilung zu machen.

A. Borsig, Zeugl.; Formhals, Hr. Linden b. Gießen; Zell u. Co., Düren; Denksel u. Sohn, Kassel; Hartmann, Altona; Springer, Schwab.-Gmünd; F. Schönan, Elbing; Schumann, Breslau; Gehr, Schmalz, Offenbach a. M.; Kühn, Spöckw. d.

Die Sabotage der Unternehmer ist jedoch schon weiter über das Stadium der Beschlüsse und Beschlüsse hinaus Wirklichkeit geworden.

Ein Aufsturz zu den kommenden Ereignissen war es, als vor kurzem Herr Hugo Stinnes in einer Sitzung der Kohlegemeinschaft die schärfsten Angriffe gegen den Eisenbahnminister richtete, ihn einen „Mörder gegen den Verkehr“ nannte und für die mangelhafte Kohlenbelieferung der Industrie verantwortlich machte. Die Industrie könne die Produktion nur noch durch die auf ihr eigenes Risiko

An das revolutionäre Proletariat Deutschlands!

Die unterzeichneten Organisationen, die teils gemeinsam, teils jede selbständig, bereits Aktionen gegen das Betriebsrätegesetz eingeleitet haben, treten zur Verstärkung dieser Aktionen mit folgendem gemeinsamen Aufruf an die Öffentlichkeit:

Die Gegenrevolution sucht eine revolutionäre Erregung nach der anderen niederzuschlagen. Nachdem durch die Abwürgung der Soldatenräte die militärische Macht wieder der alten Soldateska unter neuer Führung zugefallen war, hat sie die politische Hoffnung des revolutionären Proletariats, die Arbeiterräte, vernichtet.

Jetzt will die Konterrevolution ihr Werk besiegeln, indem sie den revolutionären Erregungen der Arbeiter in den Betrieben mit Hilfe der Gesetzgebung bricht.

Das Betriebsrätegesetz soll alle Gedanken an eine soziale Revolution endgültig zerstören. Der Gesetzentwurf über die Betriebsräte wird deshalb von den revolutionären Kopf- und Handarbeitern als ein frecher Betrug zurückgewiesen.

**Das Gesetz zerreiht das Proletariat!
Es trennt die Angestellten wieder von den Arbeitern.**

Es macht das Bestimmungsrecht der Arbeitenden über ihre Einstellung und Entlassung zu leerem Schein, indem es nur ein nachträgliches, unmaßgebliches Beschwerderecht gewährt.

Der Gesetzentwurf schaltet die Arbeiter und Angestellten aus der Kontrolle der Geschäftsführung und Betriebsleitung völlig aus. Er macht die Betriebsräte zu bloßen Antreibern im Dienste des kapitalistischen Unternehmertums.

Die kapitalistische Produktion ist zerrütet. Sie kann die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht mehr befriedigen. Millionen müssen hungern, sie verfallen der Unterernährung! Millionen sind arbeitslos, dem Elend und der Not preisgegeben! Aber tausende müssen feiern, weil keine Kohlen für die Betriebe beschafft werden. Die Eisenbahnkrise verschlimmert sich immer mehr. Die Verwirrung der Wirtschaft ist ärger denn je und mit dem Anwachsen des politischen Einflusses der Gegenrevolution geht eine maßlose Preistreibeerei Hand in Hand. Deshalb kann nur eine Umgestaltung der Produktionsweise von Grund auf den allgemeinen Zusammenbruch verhindern und den Wiederaufbau der Wirtschaft ermöglichen. Diese rettende Umgestaltung der Produktionsweise im sozialistischen Sinne erfordert die frenetische Mitarbeit aller Hand- und Kopfarbeiter und ihrer Vertreter in den Betrieben. Dazu sind nur Betriebsräte imstande, die mit den nötigen Rechten ausgestattet sind.

beschaffte Kohle fortführen und werde zu einer weitgehenden Stilllegung ihrer Betriebe schreiten müssen.

Diese Drohung haben die Siemens-Werke verwirklicht. Angeblich wegen des Fehlens an Kohle hat die Direktion den Betrieb geschlossen und 35000 Arbeiter beschäftigungslos gemacht.

Der Kohlenkommissar versucht sich damit zu entschuldigen, daß 200 Kohlenlöhne eingefroren wären. Zugleich stellt aber der Kohlenverband Groß-Berlins fest, daß allein das Große Schauspielhaus im Zirkus Schumann monatlich 50000 Kw. bewilligt erhielt, d. h. so viel, wie sämtliche 40 Berliner Theater zusammen oder 25-30 mittlere industrielle Betriebe. Der Kohlenkommissar beruft sich zu seiner Entschuldigung auf eine Anordnung des Ministers Heine. Außerdem weiß der Kohlenverband nach, daß z. B. die „Rokoko-Bar“ übermäßig beliefert werde und daß die Besitzer, Direktoren und Angestellte Kohlenruben weit über ihren Bedarf Kohle zugeteilt erhielten.

Es gibt also keinen Kohlenmangel, der in Wirklichkeit eine so einschneidende Maßnahme wie die Stilllegung eines

Wir fordern daher das volle Kontrollrecht über die Betriebsführung.

Die schaffenden Menschen, die Arbeiter und Angestellten, müssen durch ihre Beauftragten darüber bestimmen, ob Betriebe stillgelegt werden dürfen oder nicht, was und wieviel von jedem Produkt hergestellt wird, welche Preise gefordert werden, wie Kohle, Holz- und Hilfsstoffe verteilt werden, was ein- und ausgeführt wird.

Diese umfassende Kontrolle kann nur erreicht werden im Kampfe gegen das Unternehmertum in jedem Betriebe und gegen die Staatsmacht, die die Unternehmer durch Nossegarden, durch die Parlamente und durch die Gerichte gegen die Arbeiter schützt.

Es gilt den Kampf um revolutionäre Betriebsräte in allen Betrieben voranzutreiben oder erneut aufzunehmen. Die Köpfe aller Arbeiter und Angestellten müssen für diese Forderung begeistert werden.

Nur im Kampfe wird das Proletariat sein Recht erringen können.

Die nächsten Tage werden mit der parlamentarischen Entscheidung über das Betriebsrätegesetz einen Höhepunkt dieses Kampfes bringen. Diese parlamentarische Aktion der Gegenrevolution muß nicht nur im Parlament allen erdenklichen Widerstand finden, sie muß auch im Lande Massenaktionen in immer gesteigertem Maßstabe auslösen.

Feuerung und Notstand haben schon jetzt große Wirtschaftsbezirke und ganze Berufe zu Streikaktionen gezwungen. Andere Bezirke und andere Berufe stehen im Begriff, durch Proteststreiks ihrer Empörung über die drohenden Entrechtungen der Betriebsräte Ausdruck zu geben. In Massenversammlungen und Umzügen wird das Proletariat demonstrieren gegen die heuchlerische gesetzliche Verdrückung des Rätegedankens, den sich das revolutionäre Proletariat nicht entweihen lassen will.

Proletariat in Stadt und Land, Angestellte und Arbeiter! Folgt dem Beispiel Eurer Mitkämpfer. Heraus zum Protest! Heraus zum Kampf gegen das Betriebsrätegesetz, für das revolutionäre Räteystem!

Erfämpft Euch revolutionäre Betriebsräte mit vollem Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben!

Zentrale der Betriebsräte Deutschlands.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Betriebes von 35000 Arbeitern verursachen könnte. Dieser Kohlenmangel ist zurückzuführen auf die Sabotage der Direktion und auf die Unfähigkeit und Korruption der Behörde.

Wird die Regierung auch gegen diese Herren so energisch vorgehen wie gegen die Arbeiter?!

Wie in der Metallindustrie, so im Bergbau.

Die „Post“, das Scharfmacherorgan, bringt in ihrer letzten Sonnabend-Morgenausgabe einen scharfen Artikel gegen die von den Bergarbeitern geforderte Sechsstundenfrist. Sie propagiert dabei den Vorschlag des Bergbauern auf Arbeitszeit-Verlängerung im Bergbau gegen „angemessene Bezahlung“, durch die den Kohlenbaronen abermals neue Riesengewinne zugesandt würden. Die Bergarbeiter haben in der von der Regierung eingesetzten Kommission Kritik auf der Durchführung der Sechstundenschicht bestanden; gegen den Willen der rechtssozialistischen Leitung des Bergarbeiterverbandes, die sich auch in dieser Frage auf die Seite der Regierung und Kapitalisten stellte. Die „Post“ bemerkt dazu:

Unter diesen Umständen muß man der Weiterentwicklung der deutschen Volkswirtschaft und damit der Zukunft

breißen Massen die unglücklichsten Ausichten stellen. Das Verhältnis der Bergarbeiter zur übrigen Bevölkerung aber muß man bezeichnen mit jenem, allerdings anders gemeinten Dichtermot: Volk wider Volk.

Der Zweck dieser Stilllegung ist klar: die Bevölkerung soll gegen die Bergarbeiterschaft aufgehetzt werden. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß kapitalistische Profitinteressen sich der Einführung der Sechsstundenschicht entgegenstemmen, die eine durchaus berechtigte Forderung der Bergleute nicht erst aus den Tagen der Revolution darstellte! Die Debatte um sie geht bereits seit Jahrzehnten. Und der jetzige Vorkämpfer des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes, der sich gegen die Durchführung der Sechsstundenschicht erklärte, Otto Hue, verlangte bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts mit aller Entschiedenheit die Einführung der Sechsstundenschicht unter Lage.

Wenn es den Herren wirklich Ernst wäre mit der Hebung der Produktion, statt mit der Steigerung ihres Profites, so wäre die Forderung schon längst erfüllt und der Bergbau sozialisiert. Als vor einem Jahre die Reuener-Kommission, geführt auf den Beschluß des Räte-Kongresses, die Sozialisierung des Bergbaus in die Hand zu nehmen versuchte, wurden in manchen Gruben bis zu 400 Wagen mehr befördert und die Feierschichten verminderten sich von 255 auf 166 in einem Monat (vergl. Wilbrandt, Sozialisierung, S. 253). Der Arbeitswille der Arbeiterschaft ist nur durch die Gewisheit zu heben, daß der Arbeitsertrag der Gesamtheit zugute kommt und nicht einigen privilegierten Schiefern.

Der Angriff der Schwerindustrie und des Grubenkapitals wird unterstützt durch den Angriff der Junker, Agrarkapitalisten und ihres Anhangs. Der deutsche Gastwirtschaftsverband hat der Regierung ein Ultimatum bis zum 20. Januar gestellt. Bis zu diesem Termin müßten die Verhandlungen über die Abänderung des Kriegswucherparagrafen zur Zufriedenheit abgeschlossen sein. Fällt diese Antwort nicht befriedigend aus, so wird der Streik aller Gastwirtschaften proklamiert und der Zeitpunkt der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Die einschneidenden Folgen eines solchen Streiks für die Volksernährung liegen ebenso klar zutage wie die verhängnisvollen Konsequenzen einer evtl. Anhebung der Zwangs-Verschönerung. Wird die Regierung auch hier die Technische Nothilfe eingreifen lassen?

Worum geht der Kampf?

Am Dienstag veröffentlichte die „Freiheit“ einen Aufruf zu einer Demonstration gegen das Betriebsräte-Gesetz. Unterzeichnet war dieser Aufruf von folgenden Organisationen:

Verband der Buchbinder. Verband der Buch- und Stein-druckersche Arbeiter. Verband der Fabrikarbeiter. Zentralverband der Feischer. Verband der Gastwirtschaftsgehilfen. Zentralverband der Glaser. Verband der Holzarbeiter. Verband der Lederarbeiter. Verband der Maler und Lackierer. Verband der Maschinisten und Heiz- u. Deutscher Metallarbeiterhand. Verband der Schneider und Wäschearbeiter. Zentralverband der Schuhmacher. Verband der Sattler und Portiermeister. Deutscher Bauarbeiterverband. Bezirksverband Berlin-Brandenburg u. S. P. D. Vollzugsrat Groß-Berlin.

Wir hatten schon vor Wochen ausgeführt, daß das Betriebsrätegesetz, dessen 3. Lesung bevorsteht, nicht etwa nur ein unzulängliches Gesetz, sondern ein antisozialistisches, konterrevolutionäres Gesetz ist, durch das der Arbeiterschaft ihre früheren Rechte genommen und die kapitalistische Wirtschaft gesetzlich gesichert wird. Daher nimmt die gesamte Berliner Arbeiterschaft, das Gewerkschaftsbündnis (und nicht nur die U. S. P.) an der Bewegung teil und gestaltete die Demonstration zu einer mächtigen Kundgebung des einmütigen Willens der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Briefe Liebtnechts.

Aus Karl Liebknechts Briefe aus Schützengraben und Zuchthaus. (Verlag der „Aktion“.)

23. September 1915.

Die Stimmung der Armierungssoldaten ist sehr erregt, ja empört.

Ich traf viele alte Landstürmer; Bekannte, deren Zustand tief ergreifend war. Alles ist die Schwermerei gründlich satt.

In den ersten Tagen gleich tanzten allerhand Offiziere bei mir auf; darunter zwei Pruzen, von mir mit dem Namen „Donner“ und „Lichter“; das geschah von mir mit aller Deutlichkeit, und war ganz amüsant. Ich sagte ihnen die ganze Wahrheit ins Gesicht und erhielt das Zugeständnis des deutsch-österreichischen Angriffs, eine Apologie des Kronprinzenerwands von Serajewo als eines wahren Ereignisses, die ungeheuerliche Verletzung des Eroberungsziels und von neuem das Bestehen, daß er seit Jahren für den Krieg gearbeitet habe, da der Krieg noch 1-2 Jahre dauern würde.

8. Oktober 1915.

Das sind jetzt Erlebnis. Gestern nachmittags im Haus neben uns eine Granate durchs Fenster — ein Lohr, ein Schwarzwunder. Heute früh um halb zehn Uhr ein Corporalgeschützstammrad bei der Arbeit — schwarzer Rauchschuß — noch lebend. Gestern mittags ein Schrapnell gerade über mir geplatzt, als ich mit dem Leutnant auf dem Hofe des Quartiers sprach — eine Kugel tanzte zwischen uns, ich habe sie aufgehoben. Wir liegen in einem Schützengraben nahe am Dünwald; die Artilleriestellungen, die bis gestern dicht neben uns waren, sind wegen dauernder Beschädigung verlegt.

Wir arbeiten „nachts“, das heißt gehen um halb fünf Uhr nachmittags fort, gegen fünf Uhr erreichen wir den Eingang zu den deutschen Gräben, durch deren Fäden wir dann in der Dunkelheit dreierlei Stunden laufen, klettern, kriechen — bis zur Arbeitsstelle. Dort bis ein Uhr Arbeit, zwei Uhr Abmarsch zum Stellungseingang nach dem Quartier. Abmarsch um drei Uhr. Koffer. Dann zu Bett. Natürlich im eisernen Stuhl, Stroh, Matratze, Decke. Heute waren es zwei Grad Kälte.

Eine herausgehende, flammende, feierliche Wintersternnacht, der auffrischenden Dämmerung und meinen Gedanken, meinen Gedanken.

Gegenüber den Profiteuren über den Charakter der Berliner Bewegung verweisen wir auf den folgenden Artikel aus der „Freiheit“:

Wenn die Arbeiterschaft in zwölfster Stunde zum Sturm gegen das Betriebsrätegesetz antritt, so geht dieser Kampf nicht um kleine Verbesserungen dieses elenden Machtwortes, sondern es gilt den Kampf um die Räteidee schlechthin. Die Arbeiterschaft bekämpft dieses Gesetz nicht, weil es ein schlechtes Gesetz ist — deren gibt es viele —, sondern weil es ein Gesetz gegen die Räteidee ist, weil es den Zweck hat, das Unternehmertum ein für allemal vor der „Rätegefahr“ zu bewahren. Wir haben schon oft darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz die Betriebsräte auf das Niveau des Arbeiterausschusses, den wir längst besaßen, und sogar unter dieses Niveau herunterbrückt. Damit wird unter dem Namen der Räte eine Einrichtung geschaffen, die einen völlig anderen, der Räteidee geradezu feindlichen Zweck verfolgt, die eine Zuchttrute statt eine Waffe der Arbeiterschaft sein wird.

Wir fordern das Rätegesetz als Mittel, um der Arbeiterschaft jenen Einfluß auf die Gestaltung der Gesamtwirtschaft zu sichern, deren sie bedarf, um die „Betriebswende“, wie es im Gesetz mehrfach heißt, wirklich in den Dienst des Gesamtinteresses zu stellen durch Vorbereitung und Betreibung der Sozialisierung der Wirtschaft. Während der selbstherrliche Kapitalist unter dem Betriebszweck nur den Profitzweck versteht, während ihm die Gesamtwirtschaft eine völlig gleichgültige Angelegenheit ist, wenn nur sein Betrieb „floriert“, fordert die Arbeiterschaft Organe, die an der Betriebsleitung teilnehmend, den Betrieb doch nur als Teil der Gesamtproduktion betrachten und ihm planmäßig seine Aufgabe im Rahmen der Gesamtwirtschaft zuweisen sollen, indem sich Betriebsräte zu Betriebswirtschaftsräten und höher hinauf zu umfassenderen Körperschaften zur Leitung der Produktion zusammenschließen. Es gilt die Einführung einer planmäßigen Produktionsleitung, die es im Kapitalismus nicht gibt, der nur eine Betriebsleitung kennt und nur Profitinteressen des einzelnen Unternehmers oder Unternehmerkonzerns maßgebend sein läßt für die Gestaltung der Produktion.

Darum ist es eine Verdrehung der Wahrheit, wenn das „Berliner Tageblatt“ mit Bezug auf die gegenwärtige Bewegung behauptet, die „wirtschaftliche Ordnung“ müsse „gegen den Ansturm des Radikalismus“ verteidigt werden. Es handelt sich im Gegenteil darum, den ersten energischen Schritt zur Herstellung einer Wirtschaftsordnung zu tun, das kapitalistische Wirtschaftschloß, das in der gegenwärtigen Not ein Hindernis des Aufstieges ist, durch einen organischen Umgestaltungsvorgang zu einer planmäßigen Wirtschaft zu entwickeln. Es handelt sich darum, Organe zu schaffen, deren ungehindertes überlegenes Wirken alle Schmerzen der mangelhaften Produktivität der Arbeit, die nur eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie ist, mit großen Mitteln zu bekämpfen.

Aber das eben ist der gefährlichste Schwindel, der mit dem Betriebsrätegesetz getrieben wird. Mit dem Vorhaben, daß hier das von den Arbeitern geforderte Rätegesetz verwirklicht werde, soll in der Arbeiterschaft zugleich der Einbruch erweckt werden, als sei damit auch ein Schritt auf dem Wege zur Aufhebung der Kapitalismusmacht getan. Und weil dem so sei, weil die Arbeiter nunmehr „gebührenden“, allen „gerechten Forderungen entsprechenden“ Anteil an der Betriebsleitung und Produktionsführung haben, darum hätten sie nunmehr auch die Pflicht, die „Betriebswende“ pflegen zu helfen, die Produktion vor Entwürfungen zu bewahren — und was dergleichen ehrenvolle Aufgaben mehr sind. Das heißt, die Arbeiterschaft

soll die Vertretung ihrer Klasseninteressen zurückstellen und ihre Vertretungen beauftragen, die „Betriebswende“ des Kapitals zu fördern, die Vormachtstellung des Kapitals im Produktionsprozeß fester und fester zu fundieren. Auf so verlogene Art begründet man jene Bestimmungen des Gesetzes, die an den Betriebsrat die unehrenhaftesten Zumutungen stellen, die den Betriebsrat zu einem Mittel der Zerstörung der Arbeitersolidarität machen, indem sie ihm die unwürdige Rolle eines Aufpassers im Betrieb zuweisen.

Gegen diese Unordnung und Unmoral richtet sich der Kampf der Arbeiterschaft. Er ist ein Kampf gegen die soziale und wirtschaftliche Konterrevolution und für eine höhere soziale Moral. Die Arbeiterschaft will Betriebsräte nicht nur bewahren, sondern sie will Verbesserungen treffen, die geeignet sind, die Solidarisierung, das Einsetzen aller Einzelkräfte für ein Ganzes, von der Arbeiterklasse, auf die sie beschränkt war, auszudehnen auf die Gesellschaft. Und was ihnen entgegengeworfen wird, ist niedrigste Profitinteresse, schäbigster Klassenegoismus.

Obwohl es sich bei unserem gegenwärtigen Kampf um dieses große Prinzip und nicht um alle die kleinen Fragen der Bilanzsicht, des Einspruchsrechts bei Entlassungen und Einstellungen usw. handelt, haben doch auch diese Einzelheiten ihre Bedeutung. Sie haben sie vor allem für die Gewerkschaften. Auch sie bedürfen weitgehender Rechte für die Betriebsvertretungen, um auf ihrem eigenen Gebiet weitere Fortschritte zu machen. Beschränkt sich der Gewerkschaftskampf auf die althergebrachten Mittel, dann verfällt er bald völlig der Stagnation. Auch die Gewerkschaften können sich daher mit den dürftigsten des Gesetzes nicht begnügen. Sie haben es — wird man erwidern — nun in der Hand, durch tarifliche Vereinbarungen die Rechte der Betriebsvertretungen zu erweitern. Aber daran wird sie das Gesetz hindern. Das ist das andere Uebel dieser konterrevolutionären Gesetzgebung, daß sie der Initiative der Gewerkschaften den Weg versperrt, denn alle Welt wird, nachdem der Wechselbalg Gesetz geworden ist, auf ihn verweisen und weitergehende Forderungen zurückweisen mit der Behauptung, die Rechte der Betriebsräte seien gesetzlich geregelt, und damit scheide diese Angelegenheit aus den privaten Erörterungen aus.

So wird das Gesetz zu einem Hemmnis des allgemeinen ökonomischen und sozialen Fortschritts und zu einer Einschränkung der Kampfesfreiheit der Organisationen. Und wenn die Arbeiterschaft sich in letzter Stunde gegen diesen Schlag zur Wehr setzt, so wahr ist damit nicht nur ihre elementarsten Klasseninteressen, sondern vertritt gegenüber dem Profitindividualismus der Unternehmer die Grundfrage eines höheren sozialen Rechts und die Interessen des ganzen Volkes. Und diesen Kampf muß das Proletariat rücksichtslos fortsetzen, unbeirrt von dem Geheul der Presse, auf das einzugehen sich noch Gelegenheit finden wird. Je stärker dieses Gebrüll der Gegner, um so stärker die Überzeugung der Arbeiterschaft, daß ihr Weg der rechte ist.

33 Tote, 180 Verwundete.

Nach einer Meldung der T.-U. sollen als Opfer des Zusammenstoßes der Demonstranten mit der Sicherheitswehr vor dem Reichstage 33 Tote und 180 Verwundete zu beklagen sein, wir stellen fest, daß die Demonstranten waffenlos waren, und werden eine genaue Darstellung der Vorgänge bringen, sobald zuverlässige Berichte vorliegen.

erschienen. Andere stimmen mir bei. Wir werden laut. Sofort pfeift's uns um die Ohren, die Ruffen hören uns. Hören jedes Spatengelapper. Ich habe mich vorläufig meines Gewehrs wieder entledigt. Wandere also ohne Waffe auf Arbeit. Da bin ich innerlich fast frei. Gestern früh war mir, nach einer geistig durcharbeiteten Nacht, fast jubelnd ums Herz. Ich fühlte und sah und erlebte diesen Herbst wie in Jünglingszeiten, wie in Friedenstagen, wie einst mit dir. Und noch fühle ich mich so sieghaft über allem, was ist und kommen kann. Wie kann ich's beschreiben! Ich las Dante und arbeitete. Und diese Wintersternnacht im Herbst! Alle äußeren Molekellen sind lächerlich. Ich spotte ihrer, auch wenn mein Körper versagt.

Vor einigen Tagen fragte mich ein Mittmeister neugierig, wie mir die Arbeit gefalle — ich trug gerade Mißantwort: „Ja, wenn Frieden wäre!“ — Er fällt ein: „Natürlich, dann würden Sie diese Arbeit nicht machen.“ Ich: „Im Gegenteil, dann würde ich sie gern machen.“ Er verblüfft: „Und jetzt machen Sie sie nicht gern?“ Ich: „Im Kriege kann ich nichts gern machen, nichts, was dem Kriege dient.“ Er hat sich wohl bis heute nicht beruhigt. Es ist nachmittags drei Uhr. In fünfviertel Stunden Antreten zur Arbeit, vorher noch Kartoffelschalen für morgen. Und für mich arbeiten — an einem Exposé für ein internationales sozialistisches Institut. Fast fertig damit wenn natürlich auch stark extemporiert in der Disposition und voller Unvollkommenheit. Aber Jögern gib's jetzt nicht. Seid ohne Sorge um mich. Die Kameraden tragen mich auf Händen. Aus allen Truppenteilen kommen sie hergelassen und schicken mir, was sie haben...

Ludau, den 10. Januar 1917.

Kun seid Ihr wieder zu Haus, mit den ersten Gedanken von meinem tiefsten Zustand. Ihr wart, und Du warst am meisten so ergröden, mich hinter dem Gitter zu sehen... nun, ich hoffe, Ihr habt Euch beruhigt. Ihr müßt Euch beruhigen — Ihr dürft, und auch Du, mein Herz, darfst Dich über solche äußerlichen Dinge nicht mehr erregen. Was ist denn mit dem Gitter — was will es bedeuten, was kann es uns, mir, Dir, den Kindern anhaben! So wenig wie die Anstaltskleidung, so wenig wie die Hantel... Wir sind und bleiben wir, trotz allem.

Ausnahmestand.

Auf Grund des Artikels 40 Abs. 2 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident den Ausnahmestand über das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden verhängt.

- Durch wird
- Beschränkungen der persönlichen Freiheit,
- Beschränkung des Vereins- und Versammlungswesens.
- Beschränkung des Rechtes der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit,
- Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis,
- Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen,
- Beschränkung des Eigentums

auch außerhalb der sonst hierfür bestehenden Gesetze in Grenzen zuläßt. Die vollziehende Gewalt geht an den Reichswehrminister über. Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärinhabers zuwider handelt, wird, sofern nicht die Gesetze eine höhere Strafe bedingen, mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft. Jede Verletzung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, lebenswichtige Betriebe zur Stillelegung zu bringen, wird verboten. Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle. Auf Grund des Ausnahmestandes hat Moske bereits die „Freiheit“ und die beiden „Noten Fahnen“ verboten.

Angesichts dieser Verordnungen halten wir jede Kritik für überflüssig. Wir werden uns daher vorläufig nur darauf beschränken, die Tatsachen selbst sprechen zu lassen.

Englische Arbeiter für die dritte Internationale.

Am 7. Januar. Laut „Telegraph“ meldet „Evening Standard“, daß die sozialistischen Verbände Schottlands der englischen unabhängigen Arbeiterpartei sich für einen Anschluß an die Internationale von Moskau aussprachen und beschloßen, dem zum Führer der englischen unabhängigen Arbeiterpartei und zum Nachfolger von Karl Marx als Führer der gesamten sozialistischen Bewegung zu ernennen.

Ein neues Scapa Flow?

Die „Freiheit“ hatte berichtet, daß ein höherer Militär der Kieler Parteileitung der Rechtssozialisten mitgeteilt hatte, in Scapa Flow werde geplant, die Kreuzer, die neuerdings von der Entente verlangt werden, zu versenken. Der Offizier habe erklärt, daß es sich dabei um einen durchaus ernsthaften Plan handle. — Die Berliner „Volkszeitung“ nimmt von dieser Mitteilung Notiz und bemerkt dazu:

„Sollte es sich bewahrheiten, daß es sich hierbei wirklich um einen „ersten Plan“ handelt, dann wäre es Pflicht der Regierung, die unverantwortlichen Offiziere schleunigst hinter Schloß und Riegel zu bringen. Das deutsche Volk wird schon viel zu viel Schweiß und Mühe aufwenden müssen, um die „Lat“ von Scapa Flow zu fischen; deshalb ist es dringend geboten, daß alles getan werde, was möglich ist, um einen Wahnsinnssatz an den fünf übrig gebliebenen Kreuzern zu verhindern.“

Was die „Volkszeitung“ hier fordert, ist selbstverständlich und war von der „Freiheit“ auch bereits betont worden. Aber die Regierung ist über so viel Selbstverständlichkeit mit sträflichem Leichtsinne hinweggegangen, daß es noch durchaus fraglich ist, ob sie hier genügend Energie aufbringen wird. Sie hat es bisher noch nie fertig gebracht, den hohen Militärs die Zähne zu zeigen.

Aequum memento rebus in arduis servare mentem; dieses Horazische Wort ist, wie Du weißt, nicht nur stoische, sondern auch epikuräische Lebensweisheit. Sagt diese Eintrübe aus Eurer Erinnerung und vergegenwärtigt Euch das Gute, was Ihr hört und sahet. Sehe ich nicht ganz gut aus? Bin ich nicht munter, lebendig, voll Interesse nach allen Richtungen? Und beruhigt es Euch nicht, daß ich heute diesen Extrabrief schreiben darf? Und daß ich zwei Schreibhefte, Bleistift und Gummi erhalte? Daß ich keine Tageszeitungen bekommen kann, darf Dich nicht erstaunen. Froh bin ich und mußt Du sein, daß ich eine Wochenzeitung lesen darf — nicht wahr? Habt Ihr Euch nicht Luckau betrachtet? Es scheint doch ein ganz freundliches Städtchen zu sein. . . . Von der großen Kirche klingt der Stunden- und Viertelstundenschlag Tag und Nacht zu mir und regelt mein Leben. Ist der Spazierhof nicht wirklich erfreulich groß und voll bester Luft und Ausblicke? Viel besser insofern, als der Hof der Militärarrestanstalt!

Also Kopf hoch! Ihr habt Euch bisher so tapfer gehalten, und das war mein Stolz — nun fahrt so fort. Wenn's mal schwer fällt, beißt die Zähne aufeinander — und alles geht, geht besser und rascher, als man glaubt. Heute sind seit dem 4. November 63 Tage „rum“, d. h. ein 1/21.4 der vier Jahre, und fast 8 1/2 Monate sitze ich schon im Ganzen. Wie rasend schnell verging diese Zeit.

Und wir sind doch nicht völlig getrennt. In dringenden Fällen dürft Ihr und darf ich auch außer der Zeit schreiben. Und in ganz, ganz dringenden Fällen darf ich auch außer der Zeit ausnahmsweise besucht werden. Das muß Euch doch ein starker Beruhigungsgrund sein, aber natürlich: nur in wirklich dringenden Fällen. Dies, ich rate sehr wohl überlegt, lies Seffings Prosaschriften (Dramaturgie, Briefe über neuere Literatur und antiquarischen Inhalts). Die Klarheit dieses alles durchschneidenden Geistes, die Kraft seiner Dialektik, die Eleganz seiner Bewegungen, die Knappheit und Eindringlichkeit seines Stils, die souveräne Beherrschung der Wissenschaft und Gelehrsamkeit — all dieses ist heute noch salziniierend — nicht langweilig, glaub' mir! Versuch's, Du kommst nicht wieder los.

„Stark sein und mit der Welt fertig werden — das ist die Art, wie man den Bestimmismus ausrottet. Kampf und Trost und Stolz — kommt, was kommen mag!“

Zum Jahrestage der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Kompromiß und Radikalismus, Majorität und Minorität

Die gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich hiernach auf der Linie des Kompromisses, unter scheinbarer Führung von Kompromiß-Faktoren (schlaue Rechnungsträger usw.). Oft wird daraus gefolgert: der Radikalismus sei sinnlos, wirkungslos, eine zwecklose Kraftvergeudung. Aber weit gefehlt!

Jene scheinbare Führung ist keine wirkliche. Die Entwicklung ist nicht ihr Werk, sondern das Facit der divergierenden Gesellschaftskräfte. Diese aber wirken — bei gleicher Größe — um so stärker auf die Richtung der Diagonale des Kräfte-Parallelogramms, je extremer sie gerichtet, d. h. je radikaler sie sind. Wären die radikalen Kräfte nicht am Werk, so würden sich die Kompromiß-Faktoren auf einer anderen Linie bewegen: denn sie haben keine eigene Linie. Sie werden auf der Kräfte-Diagonale entlanggeschleppt und nennen das „führen“, „regieren“. Sie sind immer die Etikette des Durchschnitts der Gesellschaftskräfte. Sie hängen am Draht des Radikalismus und fallen vollends um, wenn dieser Draht fehlt oder reißt, außerstande auf eigenen Füßen zu stehen. Sie sind nur scheinbare Führer, in Wirklichkeit geführte, geschobene, nur scheinbare Kräfte, in Wirklichkeit Produkte der Kräfte, Produkte ohne Eigenkraft, an die Oberfläche geworfene Blasen, Schaumkronen in der Brandung der Entwicklung.

Der Radikalismus ist das dialektische Prinzip in energischster Verkörperung. Er trägt am meisten zur Entfaltung aller gesellschaftlichen Kräfte im Entwicklungsprozeß bei.

Analog gilt auch von inaktiven Kompromiß-Majoritäten, daß sie ernten, was die radikalen Minoritäten gesät und zur Reife gebracht haben. Auch solche Majoritäten sind nur aller Eigenkraft ledige Produkte der wirkenden Kräfte.

(Aus dem wissenschaftlichen Nachlaß Karl Liebknechts.)

An die 300 Proletarier standen an der Mauer!

(In der Januarbewegung 1919 wurde in Berlin die von den Regierungstruppen gefangene revolutionäre „Vorwärts“-Besatzung nach der Dragonerkaserne gebracht, wo sie erschossen werden sollte. Die sieben Arbeiterparlamentäre lagen schon ermordet da.)

Wir standen zusammen an der Mauer,
Genosse, Du und ich.
— Du und ich und an die dreihundert
— Dreihundert Proletarier!
Männer und Frauen!

Hört zu, Freundel!
Dreihundert gefangene Arbeiter
Standen an der Mauer
Dorm Maschinengewehr!
Hingetrieben mit Gewehrkolben
Und Peitschen.

— Und oben, in Würden und in Sesseln
— „Proletariervertreter“:
Ebert, Scheidemann, Landsberg
Und in vollem Werden:
Helfershelfer Moske!

„Alle Leute aus dem „Vorwärts“ werden erschossen!“
Hatte bestimmt der Major.
(Im Auftrage wessen?)

Die betrunkene Soldateska johlte,
Und stieß mit den Kolben,
Und brüllte:

„Da drüben liegen schon sieben
Von den Euren verreckt!“ Und lachte.
„So geht's Euch auch, Ihr Banditen! Schweinel
Spartakistengefindel!“
Hahaha! — „Jetzt haben wir Euch!
Ihr kommt alle ran!
Ihr werdet alle erschossen!
Wie die sieben da!“

„Maschinengewehr frei!“ schrie der Bursche am Geschütz.
„Platz da!“ freischte es aus der wilden Kohorte.
— „Maschinengewehr frei!“ — — —

— Die Bahn war frei.
Der eiserne Lauf des Maschinengewehrs richtete sich
Auf den linken Flügel der dreihundert.
Dreihundert Paar Augen aus bleichen Gesichtern
Besteten ihre Blicke starr an die Hand des Schützen.
Die — zitterte vor Ungebulb und Mordgier und
Wartete — — auf Befehl —
Dreihundert blasse Lippenpaare preßten sich zusammen
— Wie zum stummen Trost. —

Doch das furchtbar Granige dieser Sekunden
Eieß keinen Mund sich öffnen,
Der — befaßl. — — —

„Das wollen wir der Regierung überlassen!“
Scharrte endlich eine Stimme.

„Zu vierem antreten!“
— — — Und wir wurden in den Stall geführt.

Gewerkschaftliches

Die Breslauer Eisenbahner im Streik!

Eine offizielle Fällung.

Offiziös wird folgende Entschließung als das Ergebnis der Eisenbahner-Versammlung verbreitet:
Die heute am 14. Januar 1920, in der Jahrhunderthalle stattfindende Versammlung der Eisenbahner-jämlicher Organisationen beschließt, daß, wenn bis heute abend keine amtliche Bestätigung der telegraphischen Zusage des Eisenbahnministers vorliegt, eine Deputation von fünf Kollegen unter Führung des Regierungsdirektors von Breslau Dr. Jaenicke nach Berlin fährt, um die schriftliche Bestätigung einzuholen.

Nach Eingehen dieser Bestätigung wird die Arbeit wieder aufgenommen. Soweit wir unterrichtet sind, sollte die Wiederaufnahme der Arbeit nicht nur von der Bewilligung der Lohnzulage abhängen, sondern vor allem von dem Eindruck, den die Kommission von der Berechtigung des rigorosen Vorgehens der Regierung gewinnen würde.

Sitzung des Gewerkschaftskartells.

Am Freitag, den 9. Januar, fand eine Sitzung der Kartelldelegierten im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses statt, um die Vertrauensfrage des ersten Kartellvorsitzenden zu behandeln. Statt Seibold als ersten Vorsitzenden abzulehnen, wie es die frei organisierte Arbeiterschaft im allgemeinen erwartet hatte, wollten die besangenen Kartelldelegierten (— die ja nicht viel anders sind wie Seibold —) ihm für seine gesamte Tätigkeit (natürlich auch für seine Leistungen beim Gelage mit den reaktionären Offizieren) ein Vertrauensvotum aussprechen. Die Genossen Schramm, Großmann und George haben energisch dagegen Stellung genommen. Nun versuchte die Versammlungsleitung zu behaupten, daß keine Zeugen für die Seibold zur Last gelegten Behauptungen vorhanden wären. Sofort stellte Genosse George den Antrag, die drei Zeugen, die in dem Restaurant anwesend waren, hereinzulassen und zu vernehmen. Da offenbarten die Delegierten ihr wahres Gesicht. Gegen die Stimmen der Eisenbahndelegierten wurde die Zeugenvernehmung abgelehnt!

Nunmehr stellte Genosse George den Antrag, darüber abzustimmen, ob Seibold überhaupt noch als Kartellvorsitzender in Frage komme. Die mit Seibold eng befreundeten und daher besangenen Delegierten sorgten dafür, daß er mit 128 gegen 44 Stimmen Kartellvorsitzender bleibe. Eine müßige schamlose Kliquenwirtschaft hat wieder einmal gesiegt. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiterschaft selbst dieser stinkenden Korruption ein Ende setze. Diejenigen Delegierten, welche es abgelehnt haben, Zeugen anzuhören, haben in freivolter Weise das Vertrauen ihrer Kollegen mißbraucht. Diesen Delegierten muß von ihren Verbänden das Vertrauen entzogen werden und an ihre Stelle müssen Unbefangene gewählt werden. Es wäre Pflicht der Gewerkschaften, die Kartellbeiträge solange zu sperren, als diese verrotteten Zustände bestehen und ein Seibold Kartellvorsitzender ist.

Im weiteren Verlaufe der Versammlung brachten die Delegierten es fertig, sich gegen die Forderungen der Eisenbahner zu wenden und zu erklären, daß sie mit 55 Pfennig Stundenlohn zufrieden wären! Das sind freie Gewerkschaftler! Stalt im Kartell zusammenzustehen und einander zu unterstützen im Kampfe um eine bessere Existenz der Arbeiterklasse, um eine Lohnerhöhung, die der fortwährenden Preissteigerung einigermaßen gerecht wird, — bekämpfen sie die Eisenbahner, welche auch ihnen den Weg ebnen wollen! Gegen die Stimmen der Eisenbahn-Delegierten wurde eine Resolution angenommen, welche den Eisenbahnern den Streik verbietet und sie auffordert, das Ergebnis der Tarifverhandlungen abzuwarten.

Aus der Provinz.

Neusalz a. d. Oder. Behördlicher Kriegervereinsrummel: Das ständige Wachsen unserer Organisationen in der Provinz bereitet den Behörden argen Kopfschmerzen. Zu welchen Mitteln die Regierung ihre Zucht nehmen muß, zeigt folgendes Schreiben, dessen Text durch einen günstigen Wind zur Kenntnis unserer Genossen in Neusalz gekommen ist:

Kreisrat Freystadt Freystadt, 1. Dez. 1919.
J.-N. 91

Die Ortsgruppe Neusalz der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat durch eifrige Agitation an Mitgliedern sehr zugenommen. Der Hauptzug soll sich aus ehemaligen Angehörigen der Reichswehr entlassenen Soldaten rekrutieren, auch heimkehrende Kriegsgefangene sowie die jetzt der Reichswehr angehörenden aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Militärpersonen werden besonders eifrig umworben. Die kommunistische Partei verteilt eine Broschüre „Die Soldaten der sozialistischen Republik“, bespricht soll beabsichtigt sein, ein Fingblatt „Soldaten bekennt, alles für den Kapitalismus“ herauszugeben. Besonders weibliche Personen und Angeworbene der kommunistischen Partei sollen diese Schriften an die Soldaten und heimkehrenden Kriegsgefangenen verteilen. Es wird diesjenseits gebeten um Angabe, was in dortigen Orte davon bekannt ist, evtl. um Herreichung eines in die Hände kommenden Fingblattes pp. Ferner wird gebeten, in dortigen Gemeinden soweit als möglich auf Soldaten, heimkehrende Kriegsgefangene, entlassene Soldaten einzuliegen, daß sie bezerrigen Treibern, die nur die Absicht verfolgen, unser Vaterland nicht zur Ruhe und

Ordnung kommen zu lassen nicht mitmachen und auf ihre Kameraden entsprechend einwirken. Alle Mitglieder der Krieger- bzw. Militärvereine werden gebeten, diese Einwirkungen auf frühere Soldaten und Kriegsgefangene anzuhängen, sie in die Krieger- und Militärvereine hineinzuziehen und sie für Erhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewinnen, damit unser Land nicht durch Treibereien weiter in den Abgrund gestürzt wird, sondern sich in Ruhe, Sicherheit und Ordnung bei geregelter Arbeit wieder erholen kann. Guck, Kreisrat im Kreise Freystadt.

An die Herren Vorsitzenden der Krieger- bzw. Militärvereine.

Die Behörden wenden sich also an die Kriegervereine, an die Hochburgen des Militarismus und Byzantinismus, an die Pflegen der Schnurrbartigkeit, Schneidigkeit und Untertänigkeit, welche die wilhelminische Ära gekennzeichnet haben. Diese Kriegervereine, welche den Geburtstag von S. M. stets festlich mit Saufgelagen begingen und wohl auch heute noch begehen, sind heute die Stützen der angeblich demokratischen deutschen Republik! Höher geht's nimmer!

Deutsch-Lissa. Der demokratische Landrat. Wir erhalten folgende Zuschrift. In der Nr. 4 vom 8. Januar wurde behauptet, daß ich mit dem Landrat in Neumarkt über die Zurückziehung eines von unseren Parteigenossen eingebrachten Antrages verhandelte, der seine Abfertigung verlangte, und soll dann unser Genosse den Landrat als einen demokratischen Herrn bezeichnet haben. Das ist nicht wahr. Wahr ist, daß ich mit dem Landrat verhandelt habe: 1. wegen besserer Verpflegung der Gemeinderäte Deutsch-Lissa, Katzen, Marschwitz und Wilgen mit Lebensmitteln; 2. damit nicht nur Sachwitz als Industriegemeinde bevorzugt wird, sondern letzterer Gemeinde auch endlich die im Oktober-November 1918 entzogene Butter geliefert wird; 3. daß die Mühle von Hoffmann in Deutsch-Lissa wieder in Betrieb gesetzt werden kann, damit eine Anzahl kreislos gewordener Familienmütter, die jahrzehntlang dort beschäftigt waren, wieder Verdienst finden; 4. damit die Chaussee zwischen Mettau und Vorzendorf so ausgebaut wird, daß, falls Hochwasser eintritt, der Verkehr nicht gehindert ist; 5. und endlich darüber, warum den Mitgliedern des Kreisbauernrats Schindel (Deutsch-Lissa) und Brill (Wilschen) die Befähigung als Polizeihilfsorgane verweigert wurde. Zum Schluß sprachen wir auch über unseren Antrag, doch hat die Unterredung auf mich keinerlei Einfluß ausgeübt. Maßgebend für meine Haltung in dieser Frage waren lediglich die politischen Verhältnisse im Kreise Neumarkt und die dementsprechende Befugnis des Kreisrates, die leider infolge des ungeliebten Bruderkampfes und der lächerlichen Struktur des Kreises noch für längere Zeit so bleiben werden. Falls aber der Berichterstatter über die Sachverhalte genügend einwandfreies Beweismaterial gegen den Landrat aufbringen kann, so bin ich gern

bereit, seine Abfertigung herbeizuführen, doch wird es schwerhalten, diesen unglücklichen deutschnationalen Junter abzufügen.

Georg Growig, Mettenhof.

Ob „demokratischer Herr“ oder sonst etwas: gegen die Tatsache, daß ein „Führer“ von so revolutionärem Geiste wie der Herr Genosse Growig die Mehrheitler dahin gebracht hat, wegen der politischen „Verhältnisse“ (wer hat mit wem ein Verhältnis?) von ihrer Aktion gegen den aufglatzten deutschnationalen Junter abzusehen — gegen diese Tatsache steht kein Wort in der „Berichtigung“. Ob dabei von Butterbrot und Käse oder von einer unter Wasserstrich leidenden Straße gesprochen wurde (wahrscheinlich hat man sich ja auch guten Tag gesagt), das ist durchaus nicht wichtig. Wir haben ja nicht behauptet, daß der Landrat den Herrn Growig, sondern der Herr Growig die Genossen im reaktionär-demokratischen Sinne beeinflusst habe.

Ueber die Befähigung des angezogenen Landrats werden wir uns demnächst unterhalten.

Verantwortlich: für die Redaktion Bernhard Schottländer; für die Inserate Fritz Ulbrich. Druck: Buchdruckerei Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Oberschlesier, haltet aus!

Der Friede ist ratifiziert. Für Euch nicht nur, liebe deutsche Brüder und Schwestern, für uns alle beginnt damit eine Zeit der Prüfungen. Gemeinsam wollen wir sie bestehen. — Die Volksabstimmung in Eurer teuren Heimat ist, wie die Eure, so auch unsere Sache. Darum geloben wir Euch an diesem schicksalsschweren Tage: keine deutsche Stimme eines Oberschlesiers — und wohnte er im fernsten Winkel des Reiches — soll am Abstimmungstage bei Euch fehlen. — In zäher geräuschvoller Arbeit sind die Grundlagen geschaffen, die es jedem, auch dem Ärmsten und Schwächsten, ermöglichen, Euch mit seiner Stimme zu Hilfe zu kommen. Alle Parteien und Konfessionen, alle Berufe, Gewerbe und Klassen wetteifern, in der Grenzpende die vielen Millionen aufzubringen, die Euren Helfern die Sorge um das Geld für Reise, Unterkunft und Verpflegung abnehmen. Staatliche Summen sind bereits gespendet. Das große Werben und das große Geben sollen in den nächsten Tagen beginnen.

Haltet aus, deutsche Brüder und Schwestern! Bleibt der Heimat treu! Das deutsche Vaterland wird auch Euch die Treue halten. Berlin NW 52 am Tage der Ratifizierung des Friedensvertrages.

Deutscher Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen (Volksabstimmung)

Stadt-Theater.

Donnerstag 7 Uhr:
Die Bohème.

Lobe-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Judith.

Thalia-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Die seltsame Erziehung.

Schauspielhaus.

Opernbühne, Tel. Ring 2545
Freitag und Sonntag 7 1/2 Uhr:
Eine Falschnacht.

Donnerstag und Sonnabend

7 1/2 Uhr:
Der verliebte Herrgott.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Das Dreimäderlhaus.

Montag 7 1/2 Uhr:
Die Rose von Stambul.

Viktoria-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Geisha

Sonntag 3 1/2 Uhr:
Kachm.-Vorstellung

Lieblich-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:
Hildegarde

mit neuen Tänzen

Paul Jülich

Hinodes

Original Japaner-Troppe

Hans Beets

und das grosse Lament-Programm.

Sofort Geld

bei Schließung auf Möbel, Kleider, etc.

ausgel. u. verk. bei P. P. Platte, Dittmannstr. 23, I.

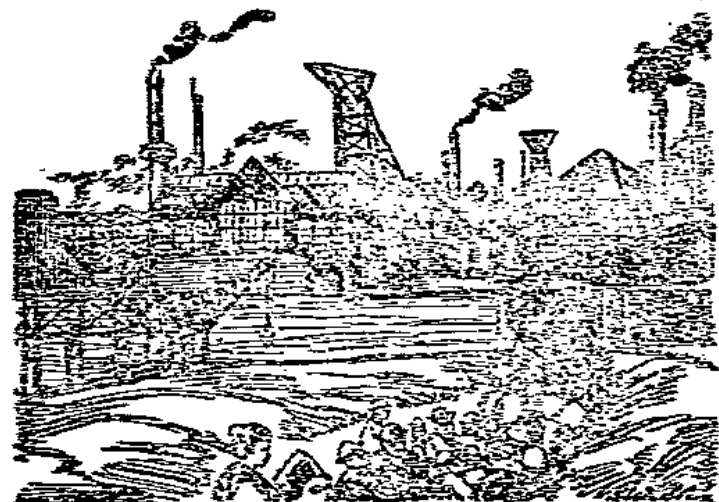
bei P. P. Platte, Dittmannstr. 23, I.

bei P. P. Platte, Dittmannstr. 23, I.

bei P. P. Platte, Dittmannstr. 23, I.

bei P. P. Platte, Dittmannstr. 23, I.

bei P. P. Platte, Dittmannstr. 23, I.



Eden-Theater, Nikolaistr. 27.

Erstaufführung

Der Sohn der Magd

Grosses soziales Drama aus dem Leben einer Fabrikarbeiterin. 6 Akte.

Motto: Was Klassenhass entzweit, das vereint und versöhnt durch Liebe und Güte das Mutterherz.

Dazu der übrige Spielplan!

Zeltgarten.

Täglich 7 1/2 Uhr abds.:

Der neue Riesenpielplan!

= Sonntags =

2 Vorstellungen.

Breslauer Richter

in 2. unteren Räumen des Zeltgartens

Alektantunfähige und Salihaus.

Gener Spielplan.

in 2. unteren Räumen des Zeltgartens

Alektantunfähige und Salihaus.

Gener Spielplan.

in 2. unteren Räumen des Zeltgartens

Alektantunfähige und Salihaus.

Gener Spielplan.

Knaben-

Joppen

von

15 Mt.

an

Gräbischer Str. 27

Altes Kupfer, Zink, Blei, Messing, Zinn

mit besten Preis

Otto, Kohlenstraße

Str. 8

Breslauer Ring 1908.

Bräutpaare billige Möbel

2 Mr. Sopha mit 250 Stk.

2 Mr. Bettsofa 250 Stk.

1 Tisch mit Spiegel 65 Stk.

4 Stühle à 21 Stk.

2 Kleider mit Hut 40 Stk.

1 Tisch, 7 Stk. mit 400 Stk.

166 Stk.

Max Giesel

Gräbischer Str. 23.

ZEPTEKINO

Freitag bis Montag:

Harry Liedtke

Ellen Richter

E. Jannings:

Sklavin Leila

die Lieblingsstochter des

Mehemed Prunkfilm

300 Szenen

Bruno Kastner

Casanova's Unglücksherz:

Der Rächer

ihrer Frauenehre

300 Szenen.

Außerdem: außer Sonntag

Asta Nielsen

Hugo Flink in

Die Geächtete

Sensationsroman, 300 Szenen.

Sonntag 3 Uhr Kindervorstellung.

Herren-

Wörter

105 Mt.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Gräbischer Str. 27.

Juchhaus E. Heinze

vom M. Scholz.

Goldene Radegasse 7. Fernruf Amt Ohle 1609

Flausch-

Marengo-

Kammgarn-

Cheviot-, Anzug-

Paletot- u. Kostüm-

Prima Qualitäten

für Herren und Damen — preiswert!

Stoffe

Achtung!

Billige Zigarren und Zigaretten, sowie ein detail

englische Zigaretten, nur rein oriental. Tabak und

alle bekannten Marken. Jeder kauft seinen Bedarf nur

Friedrich-Wilhelm-Strasse 18.

Bon 100 Stück Preisermäßigung.

Achtung!

Revolutionäre Funktionäre aus Betrieben,

Parteien und Gewerkschaften!

Dienstag, den 20. Januar, 7 Uhr nachm., findet in

den Eisenfäden, Friedrich-Wilhelm-Strasse Nr. 32, eine

Voll-Versammlung

statt. Einlaß nur gegen Ausweis.

Donnerstag, den 15. Januar 1920, abends 8 Uhr

Georg Heym-Abend

Novellen und Gedichte.

Karten bei Julius Hainauer, Sozialistischer Verlag und an

der Abendkasse.

Wichtig für alle Genossen.

Nähmaschinen

aller Systeme

kauft u. repariert

Ersatzteile in Uhr

Paul Wieders

Gräbischer Strasse 45

Militär- und

Zivil-Garderobe

Uhren

Jede Frau

bes. Aufführung über meinen

neueren 8 mal patentierten

idealen

Frauenstuhls H

30 Pf. Abporto belegen.

Besuchhaus

Frau C. Helbing

Breslau 10, Kohlenstr. 13

Vorzeichnungen für Stickerien

ausgel. bei Frau C. Helbing,

Baltafelstraße 16. H. Bg.